

Inhalt

■ Ausschreibungen.....	5
ERASMUS+ - Aufruf 2021	5
Europäisches Solidaritätskorps 2021.....	6
Vorbereitende Maßnahme - Politikentwicklung für Kultur und Wohlbefinden in der EU.....	7
Programm Justiz: Ausbildung von Justizfachleuten im Bereich Zivilrecht, Strafrecht oder Grundrechte ...	8
Europäischer Katastrophenschutz-Mechanismus: Netzwerk-Partnerschaften.....	9
Europäischer Katastrophenschutz-Mechanismus – Großübungen (extern/intern)	9
Europäischer Katastrophenschutz-Mechanismus: grenzüberschreitende Risiken/ Meeresverschmutzung	10
■ Öffentliche Konsultationen	12
HERA: Neue EU-Behörde zur Vorsorge und Reaktion bei gesundheitlichen Notfällen	12
Bekämpfung der Schleuserkriminalität	12
EU-Antiterror-Richtlinie	13
■ EU-Politik.....	14
Europäisches Solidaritätskorps 2021-2027.....	14
Neue Strategie zur Bekämpfung des Menschenhandels.....	14
Neue Strategie: Bekämpfung organisierter Kriminalität	15

NextGenerationEU – Aufbauinstrument der EU.....	15
OECD-Bericht: EU und ihre Mitgliedstaaten bleiben größte Geber für Entwicklungshilfe.....	15
Corona-Krisenmaßnahmen: Mehrwertsteuer.....	16
Informationsaustausch zum Schutz der EU-Außengrenzen.....	16
Digitale Plattform zur Konferenz über die Zukunft Europas.....	17
Coronavirus: 123 Mio. Euro für Forschung und Innovation zur Bekämpfung der Bedrohung durch Varianten.....	17
Menschenwürdige Aufnahmezentren auf griechischen Inseln.....	18
Mehr europäische Produktionskapazitäten für COVID-19-Impfstoffe.....	18
Impfstoffe und medizinische Güter für den Westbalkan.....	18
Inkrafttreten des Programms EU4Health.....	19
Jahresarbeitsprogramm Erasmus+ angenommen....	19
Neues Verfahren für Zulassung angepasster Impfstoffe gegen COVID-19-Varianten.....	20
EU-Kinderrechtsstrategie/Europäische Kindergarantie.....	20
Neue Plattform: Ein Zugang für alle EU-geförderten wissenschaftlichen Arbeiten für alle.....	21
Sicherheit von Journalist*innen in der EU ein.....	21
Bericht bestätigt Erfolg des SURE-Instruments.....	22
Neues Instrument „NDICI/Europa in der Welt“.....	22
Digitaler Tag 2021.....	23
Europäischen Reiseinformations- und – genehmigungssystem.....	24



Coronavirus: ein gemeinsamer Ansatz für eine sichere Öffnung Europas	24
Coronavirus: Kommission schlägt digitales grünes Zertifikat vor	25
Erster Strategieplan für Horizont Europa 2021-24.....	25
■ Veranstaltungen.....	27
Erasmus+ Jugend 2021–2027 - 14 Online-Veranstaltungen.....	27

Impressum

Der EUFIS-Newsletter ist ein Gemeinschaftsprodukt der Bank für Sozialwirtschaft AG, Konrad-Adenauer-Ufer 85, 50668 Köln und des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbands - Gesamtverband e. V., Oranienburgerstraße 13-14, D-10178 Berlin.

Redaktion:

Für die Bank für Sozialwirtschaft:

BFS Europabüro, Rue de Pascale 4-6, B-1040 Brüssel,

Tel. +32 2230 3922, Fax + 32 2280 2778

E-Mail h.braem@sozialbank.de, Internet www.sozialbank.de

Für den Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband - Gesamtverband e. V:

Dr. Joachim Rock und Tilo Liewald, Tel. +49 30 24636 303,

E-Mail: europa@paritaet.org.

Kopieren, veröffentlichen, verändern oder sonstige Verwertungen (auch auszugsweise) sowie die Weitergabe der von der Bank für Sozialwirtschaft gelieferten Inhalte außerhalb der Gliederungen und Mitglieder des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbands – Gesamtverband e. V. sind nicht gestattet. Abweichende Regelungen sind nur mit Zustimmung der Bank für Sozialwirtschaft möglich. Das Urheberrecht ist zu beachten. Die Herausgeber übernehmen keine Haftung für Verzögerungen, Irrtümer oder Unterlassungen.

Der EUFIS-Newsletter erscheint in der Regel in zwölf Ausgaben pro Jahr. Redaktionsschluss der Ausgabe April 2021 ist der 15.04.2021.

■ Ausschreibungen

ERASMUS+ - Aufruf 2021

Die Kommission hat am 25.03.2021 die erste Aufforderung für Erasmus+ 2021-2027 veröffentlicht. Mit einer Mittelausstattung von 26,2 Mrd. Euro wird das Programm in seiner neuen und überarbeiteten Form Lernmobilität und Projekte der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit finanzieren.

Das neue Programm Erasmus+ bietet Möglichkeiten für Studien- und Lernaufenthalte im Ausland, Praktika, Lehrstellen und den Austausch von Personal in allen Bereichen der allgemeinen und beruflichen Bildung, der Jugend und des Sports. Es steht Schüler*innen, Studierenden, Auszubildenden, Erwachsenen, Jugendlichen, Jugendarbeiter*innen und Sporttrainer*innen offen.

Als Antragsfristen wurden folgende Daten festgelegt:

Leitaktion 1

- Mobilität von Einzelpersonen im Bereich Hochschulbildung: **11.05.2021**;
- Mobilität von Einzelpersonen in den Bereichen allg. und berufliche Bildung sowie Erwachsenenbildung: **11.05.2021**;
- Erasmus-Akkreditierungen in den Bereichen allg. und berufliche Bildung sowie Erwachsenenbildung: **19.10.2021**;
- Mobilität von Einzelpersonen im Bereich Jugend: **11.05.2021, 05.10.2021**.

Leitaktion 2

- Kooperationspartnerschaften im Bereich allgemeine und berufliche Bildung sowie Jugend (mit Ausnahme der von europäischen Nichtregierungsorganisationen eingereichten Partnerschaften): **20.05.2021**;
- Kooperationspartnerschaften im Bereich allgemeine und berufliche Bildung sowie Jugend, die von europäischen Nichtregierungsorganisationen wurden: **20.05.2021**;
- Kooperationspartnerschaften im Bereich Sport: **20.05.2021**;
- Kleinere Partnerschaften in den Bereichen allg. und berufliche Bildung sowie Jugend: **20.05.2021**;
- Kleinere Partnerschaften in den Bereichen allg. und berufliche Bildung sowie Jugend: **03.11.2021**;
- Kleinere Partnerschaften im Bereich Sport: **20.05.2021**;
- Zentren der beruflichen Exzellenz: **07.09.2021**;

■ April 2021

- Erasmus+-Lehrkräfteakademien: **07.09.2021**;
- Erasmus-Mundus-Aktion: **26.05.2021**;
- Innovationsallianzen: **07.09.2021**;
- Kapazitätsaufbau im Bereich Jugend: **01.07.2021**;
- Gemeinnützige Sportveranstaltungen: **20.05.2021**.

Leitaktion 3

- „European Youth Together“ (Die europäische Jugend vereint): **24.06.2021**;
- Jean-Monnet-Maßnahmen und –Netze: **02.06.2021**.

Jede öffentliche und private Einrichtung, die in den Bereichen allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport tätig ist, kann mithilfe einer der [nationalen Erasmus+-Agenturen](#), die in allen EU-Mitgliedstaaten und in den mit dem Programm assoziierten Drittländern existieren, Fördermittel beantragen.

Für die Aufforderung stehen insgesamt 2 453,5 Mio. Euro zur Verfügung, davon 2 153,1 Mio. Euro für die allgemeine und berufliche Bildung, 244,4 Mio. Euro für den Bereich Jugend, 14 Mio. Euro für die Aktion Jean Monnet sowie 41,7 Mio. Euro für den Bereich Sport.

Weitere Informationen: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:C2021/103/11&from=DE>,
https://ec.europa.eu/programmes/erasmus-plus/opportunities/how-to-apply_de

Europäisches Solidaritätskorps 2021

Die Europäische Kommission hat die Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen 2021 für das Europäische Solidaritätskorps veröffentlicht.

Für die Maßnahmen wurden folgende Fristen veröffentlicht:

- Freiwilligenprojekte: **28.05.2021, 05.10.2021**;
- Freiwilligenteams in prioritären Gebieten: **05.10.2021**;
- Solidaritätsprojekte: **28.05.2021, 05.10.2021**;
- Qualitätssiegel für solidarische Freiwilligentätigkeiten: Anträge können jederzeit eingereicht werden.
- Qualitätssiegel für Freiwilligentätigkeit im Bereich der humanitären Hilfe: Anträge können jederzeit eingereicht werden.

Finanzmittel im Rahmen des Europäischen Solidaritätskorps kann jede öffentliche oder private Organisation beantragen.

Finanzmittel für Solidaritätsprojekte können außerdem von Gruppen junger Menschen beantragt werden, die sich beim Portal des Europäischen Solidaritätskorps registriert haben.

Das für diese Aufforderung vorgesehene Gesamtbudget beträgt voraussichtlich 138 873 000 Euro.

Weitere Informationen:

https://europa.eu/youth/solidarity/organisations/calls-for-proposals_de

Vorbereitende Maßnahme - Politikentwicklung für Kultur und Wohlbefinden in der EU

Die Europäische Kommission hat eine Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen für vorbereitende Maßnahmen zur Bottom-up-Politikentwicklung für Kultur und Wohlbefinden in der EU veröffentlicht. Diesbezügliche Vorschläge können bis zum **14.05.2021** eingereicht werden.

Die vorbereitende Maßnahme „Bottom-up-Politikentwicklung für Kultur und Wohlbefinden in der EU“ zielt darauf ab auf

- den Austausch von Wissen, Erfahrungen und Erfolgsgeschichten innerhalb der Europäischen Union (EU) in Bezug auf die Rolle der Kultur für Wohlbefinden und Gesundheit zu erleichtern;
- die relevantesten bestehenden Praktiken in dieser Hinsicht abzubilden, einschließlich jener, die durch europäische Programme finanziert werden;
- die Fähigkeit lokaler Akteure zu verbessern, effektiv von Kultur zu profitieren, um Wohlbefinden und Gesundheit zu steigern, mit besonderem Schwerpunkt auf der psychischen Gesundheit;
- Durchführung kleiner Pilotarbeiten vor Ort in Bezug auf Mittel zur sektorübergreifenden Zusammenarbeit zur Verbesserung des Wohlergehens von Einzelpersonen und Gemeinschaften;
- Schaffung und Untersuchung von Synergien zwischen bestehenden Politiken und Programmen sowie früheren, laufenden und geplanten Maßnahmen - insbesondere auf EU-Ebene -, aber auch lokalen, (makro-)regionalen und nationalen Initiativen.

Die aktuelle Aufforderung steht einzelnen Unternehmen und Partnerkonsortien offen.

Das Gesamtbudget beträgt ca. 500 000 Euro. Die Europäische Kommission wird einen einzigen Vorschlag finanzieren.

Weitere Informationen:

<https://ec.europa.eu/culture/calls/preparatory-action-bottom-policy-development-culture-well-being-eu>

Programm Justiz: Ausbildung von Justizfachleuten im Bereich Zivilrecht, Strafrecht oder Grundrechte

Im Rahmen des Programms Justiz hat die Europäische Kommission eine Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen zur Unterstützung transnationaler Projekte zur Ausbildung von Justizfachleuten im Bereich Zivilrecht, Strafrecht oder Grundrechte veröffentlicht. Die Einreichfrist endet am **06.05.2021**.

Ziel ist es, zur wirksamen und kohärenten Anwendung des EU-Rechts in den Bereichen Zivilrecht, Strafrecht und Grundrechte, wie sie in der EU-Grundrechtecharta, der Rechtsethik und rechtsstaatlichen Fragen verankert sind, beizutragen, indem auf den Schulungsbedarf von Justizfachleuten in diesen Bereichen eingegangen wird.

Die Prioritäten für 2021 konzentrieren sich auf Schulungsaktivitäten und -instrumente für Schulungsanbieter*innen, um grenzüberschreitende Schulungsaktivitäten zu unterstützen:

- für Justizfachleute und/oder
- für Multiplikator*innen wie Justiztrainer*innen oder Koordinator*innen von EU-Gerichten, bei denen garantiert wird, dass die Multiplikator*innen ihr Wissen systematisch an andere Justizfachleute weitergeben, und/oder
- für eine berufsübergreifende Ausbildung, um Diskussionen über die Anwendung des EU-Rechts in verschiedenen Rechtsberufen anzuregen und zu einer europäischen Rechtskultur über Berufsgrenzen hinweg zu genau identifizierten Themen beizutragen, die für die betreffenden Berufe relevant sind.

Antragsteller und Partner müssen öffentliche Einrichtungen oder private Organisationen sein. Der Antrag muss transnational sein und Organisationen aus mindestens zwei teilnehmenden Ländern einbeziehen.

Insgesamt stehen für diesen Aufruf 5,35 Mio. Euro zur Verfügung. Die beantragte EU-Finanzhilfe darf nicht weniger als 75°000 Euro betragen.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Europäischer Katastrophenschutz-Mechanismus: Netzwerk-Partnerschaften

Im Rahmen des "Katastrophenschutz-Mechanismus der Union" (Union Civil Protection Mechanism - UCPM) hat die Europäische Union einen Aufruf zum Thema „Netzwerk-Partnerschaften“ ausgeschrieben. Die Einreichfrist endet am **01.06.2021**.

Die Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen für Partnerschaften mit Wissensnetzwerken im Jahr 2021 soll direkt zur Konsolidierung und Operationalisierung des Wissensnetzwerks für den Zivilschutz der Union beitragen, indem Projekte finanziert werden, die die Entwicklung von Schlüsselementen der Governance-Struktur des Wissensnetzwerks direkt unterstützen.

Projekte werden thematische Gemeinschaften/Kompetenzzentren einrichten, die Wissen, Fähigkeiten, Fachwissen, Innovation und wissenschaftliche Erkenntnisse zur Unterstützung der Säulen für Kapazitätsentwicklung und Wissenschaft des Wissensnetzwerks generieren, fördern, testen, austauschen und verbreiten.

Anträge können von privaten, öffentlichen sowie internationalen Organisationen eingereicht werden. Für den Aufruf stehen 1 Mio. Euro zur Verfügung.

Weitere Informationen finden [Sie](#) hier.

Europäischer Katastrophenschutz-Mechanismus – Großübungen (extern / intern)

Im Rahmen des "Katastrophenschutz-Mechanismus der Union" (Union Civil Protection Mechanism - UCPM) hat die Europäische Union einen zweiteiligen Aufruf zum Thema „Großübungen (intern/extern)“ veröffentlicht. Die Einreichfrist endet jeweils am **08.06.2021**.

Die Aufrufe unterstützen Übungsprojekte, die darauf abzielen, verschiedene Katastrophenschutzaktivitäten zu entwerfen, zu planen, vorzubereiten, umzusetzen, durchzuführen und zu bewerten, einschließlich einer umfassenden Übung in einem multinationalen Szenario als Hauptereignis des Projekts. Das Szenario kann die Situation und die Bedingungen aller Arten von Katastrophen simulieren, die die Aktivierung des Mechanismus erfordern, einschließlich des Hauptthemas und der Querschnittsthemen.

Das übergeordnete Ziel besteht darin, die Vorbereitung auf den Katastrophenschutz und die Reaktion auf alle Arten von Katastrophen innerhalb oder außerhalb der Mitgliedstaaten/Teilnehmerstaaten des Mechanismus zu verbessern, indem allen an Maßnahmen zur Unterstützung des Katastrophenschutzes beteiligten Akteuren eine Testumgebung und eine Lernmöglichkeit geboten wird – eine Großübung.

Das Szenario für die Übungen sollte auf Risikobewertungen aufbauen.

Anträge können von privaten, öffentlichen sowie internationalen Organisationen eingereicht werden. Es stehen pro Aufruf 2,5 Mio. Euro zur Verfügung.

Weitere Informationen finden Sie hier: [Thema 1](#) – Interne Großübungen, [Thema 2](#) – Externe Großübungen

Europäischer Katastrophenschutz-Mechanismus: grenzüberschreitende Risiken/Meeresverschmutzung

Im Rahmen des "Katastrophenschutz-Mechanismus der Union" (Union Civil Protection Mechanism - UCPM) hat die Europäische Union zwei Aufrufe in den Bereichen „Prävention und Bereitschaft für grenzüberschreitende Risiken“ sowie „Prävention von und Vorbereitung auf Meeresverschmutzung“ ausgeschrieben. Die Einreichfristen enden jeweils am **08.06.2021**.

Thema: Prävention und Bereitschaft für grenzüberschreitende Risiken:

Dieses Thema zielt darauf ab, das grenzüberschreitende Katastrophenrisikomanagement durch Prävention und Vorsorge in Europa, IPA-Begünstigten und EU-Nachbarländern zu verbessern.

Durch die Fokussierung auf grenzüberschreitende Länder soll mit dieser Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen eine nachhaltigere Zusammenarbeit in grenzüberschreitenden Regionen gefördert werden.

Aufrufprioritäten:

- Priorität 1: Entwicklung grenzüberschreitender Risikobewertungen;
- Priorität 2: Verbesserung des grenzüberschreitenden Notfallmanagements.

Thema: Prävention von und Vorbereitung auf Meeresverschmutzung auf See und an Land:

Dieses Thema zielt darauf ab, die Prävention und den Schutz vor den Auswirkungen von Seekatastrophen zu verbessern.

Aufrufprioritäten:

- Priorität 1: Entwicklung der Reaktionsfähigkeit bei Vorfällen mit Meeresverschmutzung;
- Priorität 2: Verbesserung der regionalen und sektorübergreifenden Koordinierung.

Anträge können von privaten, öffentlichen sowie internationalen Organisationen eingereicht werden. Es stehen pro Aufruf jeweils 1,750 Mio. Euro zur Verfügung.

Weiter Informationen: [grenzüberschreitende Risiken; Meeresverschmutzung.](#)

■ Öffentliche Konsultationen

HERA: Neue EU-Behörde zur Vorsorge und Reaktion bei gesundheitlichen Notfällen

Die Europäische Kommission hat eine öffentliche Konsultation zu der neuen Europäischen Behörde für die Krisenvorsorge und -reaktion bei gesundheitlichen Notlagen (Health Emergency Preparedness and Response Authority, HERA) eröffnet. Bis zum **12.05.2021** können Beiträge dazu eingereicht werden, wie die EU sich künftig besser für gesundheitliche Notlagen wappnen und darauf reagieren kann.

Die Konsultation umfasst Fragen zu folgenden Punkten:

- EU-Rahmen für die Entwicklung, die Herstellung und den Einsatz medizinischer Gegenmaßnahmen;
- vorausschauende Bedrohungsanalysen und Risikobewertungen;
- Marktdynamik und Lieferketteninformationen;
- Entwicklung und Finanzierung neuer Gegenmaßnahmen in Krisenzeiten;
- Einfluss, Rolle, Aufgabenbereich und Koordinierung einer künftigen HERA-Behörde.

Weitere Informationen: <https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12870-European-Health-Emergency-Response-Authority/public-consultation>

Bekämpfung der Schleuserkriminalität

Wie kann die Schleusung von Migranten auf EU-Ebene besser bekämpft werden? Dazu befragt die Europäische Kommission Bürger*innen und Interessenträger. Die Rückmeldungen sollen in die Konzeption des EU-Aktionsplans gegen die Schleusung von Migrant*innen für den Zeitraum 2021-2025 einfließen, mit dem die Prävention und Bekämpfung der Migrantenschleusung gestärkt werden soll. Die Konsultation läuft bis zum **14.05.2021**.

Die große Mehrheit der irregulär in der EU eintreffenden Migrant*innen hat in verschiedenen Phasen ihrer Reise illegale Schleuserdienste in Anspruch genommen. Zur besseren Prävention und Bekämpfung der Migrantenschleusung wird im neuen Migrations- und Asylpaket vom 23.09.2020 ein neuer EU-Aktionsplan gegen die Schleusung von Migrant*innen für den Zeitraum 2021-2025 angekündigt.

Der Aktionsplan soll den operativen Informationsaustausch und die Zusammenarbeit zwischen den EU-Mitgliedstaaten und den Strafverfolgungsbehörden der EU bei der Ermittlung und strafrechtlichen Verfolgung von Schleusernetzen stärken. Dabei sollen sämtliche Phasen des Migrationsmanagements berücksichtigt und auf eine noch engere Zusammenarbeit mit Drittländern entlang der Migrationsrouten in die EU hingewirkt werden.

Weitere Informationen: <https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12724-EU-Action-Plan-against-migrant-smuggling-2021-2025-/public-consultation>

EU-Antiterror-Richtlinie

Die EU-Kommission hat eine öffentliche Konsultation zur Evaluierung der EU-Vorschriften zur Terrorismusbekämpfung gestartet. Die seit 2017 geltende EU-Richtlinie ist ein wichtiger Baustein der EU im Kampf gegen den Terrorismus - sie kriminalisiert und sanktioniert terrorismusbezogene Straftaten und bietet Opfern von Terrorismus bessere Unterstützung.

Dabei wird geprüft, ob die Vorschriften wie beabsichtigt funktionieren. Außerdem werden ihre Auswirkungen auf folgende Aspekte bewertet:

- Grundrechte und Grundfreiheiten,
- Rechtsstaatlichkeit,
- das Maß an Schutz und Unterstützung für Opfer des Terrorismus.

Behörden, Zivilgesellschaft, Bürger*innen sind eingeladen, bis zum **16.06.2021** ihre Meinung zur Bewertung der Richtlinie zur Terrorismusbekämpfung abzugeben.

Weitere Informationen: <https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12545-Evaluation-of-Directive-EU-2017-541-on-combating-terrorism/public-consultation>

■ EU-Politik

Europäisches Solidaritätskorps 2021-2027

Die Europäische Kommission hat am 15.04.2021 die erste Aufforderung im Rahmen des neuen Europäischen Solidaritätskorps 2021-2027 veröffentlicht (s. o.). Das Europäische Solidaritätskorps unterstützt junge Menschen, die sich in verschiedenen Bereichen freiwillig engagieren möchten, von Hilfe für Menschen in Not bis hin zur Teilnahme an Maßnahmen in den Bereichen Gesundheit und Umwelt in der gesamten EU und darüber hinaus.

Die diesjährige Priorität heißt Gesundheit und soll Freiwillige für die Mitarbeit an Projekten zur Bewältigung gesundheitlicher Herausforderungen, einschließlich der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie, und zur Unterstützung der Erholung gewinnen.

Ab dem kommenden Jahr wird das Programm jungen Menschen nun auch ermöglichen, sich weltweit an humanitären Hilfsmaßnahmen zu beteiligen und so dazu beizutragen, die humanitären Herausforderungen in sicheren Drittstaaten zu bewältigen und dort Hilfsmaßnahmen der EU zu unterstützen.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_1725

Neue Strategie zur Bekämpfung des Menschenhandels

Die Kommission legte am 14.04.2021 eine neue Strategie zur Bekämpfung des Menschenhandels (2021-2025) vor, die darauf abzielt, den Menschenhandel zu unterbinden, Schleuser zur Rechenschaft zu ziehen und Opfer zu stärken.

2017 und 2018 wurden in der Europäischen Union insgesamt mehr als 14 000 Opfer ermittelt. Weltweit erzielen Menschenhändler mit der Ausbeutung schutzbedürftiger Personen jährlich schätzungsweise 29,4 Mrd. Euro. Aller Voraussicht nach wird die Nachfrage nach Ausbeutung durch Menschenhandel anhalten. Es wird davon ausgegangen, dass die Ausbeutung durch die Pandemie noch zunimmt. Daher werden in der vorgestellten Strategie Maßnahmen dargelegt, damit die EU und die Mitgliedstaaten stärker dagegen vorgehen können.

Weiterführende Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_1663

Neue Strategie: Bekämpfung organisierter Kriminalität

Die Kommission legt am 14.04.2021 eine neue [EU-Strategie zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität](#) vor. Dabei geht es vor allem darum, die Strafverfolgung und die justizielle Zusammenarbeit zu stärken, die Strukturen des organisierten Verbrechens und bestimmte Straftaten vorrangig zu bekämpfen, Erträge aus Straftaten einzuziehen und auf technologische Entwicklungen zeitgemäß zu reagieren.

Die EU-Strategie umfasst die Instrumente und Maßnahmen, mit denen die Geschäftsmodelle und Strukturen organisierter krimineller Vereinigungen in den kommenden fünf Jahren sowohl online als auch offline grenzüberschreitend zerschlagen werden sollen.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_1662

NextGenerationEU – Aufbauinstrument der EU

Die Kommission hat am 14.04.2021 Schritte in die Wege geleitet, die sicherstellen sollen, dass Anleihen im Rahmen des befristeten Aufbauinstruments NextGenerationEU für die EU-Mitgliedstaaten und ihre Bürger*innen zu günstigsten Bedingungen finanziert werden. Die Kommission wird eine diversifizierte Finanzierungsstrategie einsetzen, um bis 2026 rund 800 Mrd. Euro zu jeweiligen Preisen zu mobilisieren.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_1703

OECD-Bericht: EU und ihre Mitgliedstaaten bleiben größte Geber für Entwicklungshilfe

Die EU und ihre 27 Mitgliedstaaten haben ihre öffentliche Entwicklungshilfe für Partnerländer im Jahr 2020 erheblich auf 66,8 Mrd. Euro aufgestockt. Dies entspricht einem nominalen Anstieg um 15 % und 0,50 % des kollektiven Bruttonationaleinkommens (BNE).

Nach den am 13.04.2021 vom Ausschuss für Entwicklungshilfe der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD/DAC) veröffentlichten vorläufigen Zahlen lag dieser Anteil 2019 noch bei 0,41 %.

Die EU und ihre Mitgliedstaaten bestätigen damit ihre Stellung als weltweit größter Geber, da sie 46 % der weltweiten Hilfe von der EU und anderen DAC-Gebern bereitstellen.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_1701

Corona-Krisenmaßnahmen: Mehrwertsteuer

Die Europäische Kommission hat am 12.04.2021 vorgeschlagen, Güter und Dienstleistungen, die die Europäische Kommission und andere EU-Stellen und -Agenturen den EU-Mitgliedstaaten sowie den Bürger*innen in Krisenzeiten bereitstellen, von der Mehrwertsteuer zu befreien.

Die heutige Initiative soll daher dazu beitragen, die EU-Mittel, die im öffentlichen Interesse zur Bekämpfung von Krisen wie Naturkatastrophen und Notlagen im Bereich der öffentlichen Gesundheit eingesetzt werden, möglichst effizient zu nutzen. Außerdem wird sie Einrichtungen des Katastrophen- und Krisenmanagements auf Unionsebene wie diejenigen im Rahmen der EU-Gesundheitsunion und des EU-Katastrophenschutzverfahrens stärken.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_1642

Informationsaustausch zum Schutz der EU-Außengrenzen

Die Kommission modernisiert den Kooperationsmechanismus für den Informationsaustausch zum Schutz der EU-Außengrenzen und hat dafür am 09.04.2021 neue Vorschriften für das Europäische Grenzüberwachungssystem (EUROSUR) angenommen. Die Mitgliedstaaten können für eine angemessene Risikoanalyse und rasche Reaktion Warnmeldungen über EUROSUR herausgeben.

Ziel ist es, die EU-Außengrenzen zu schützen und Menschenhandel, Schmuggeln von Drogen, Waffen oder Sprengstoff oder Kindesentführung zu bekämpfen. Zusätzlich zu den bestehenden völkerrechtlichen Verpflichtungen müssen die Mitgliedstaaten künftig auch Such- und Rettungsvorfälle und -einsätze melden.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/germany/news/20210409-schutz-eu-aussengrenzen_de

Digitale Plattform zur Konferenz über die Zukunft Europas

Die mehrsprachige digitale Plattform zur Konferenz über die Zukunft Europas kann am 19.04.2021 starten. Sie wird es den Bürger*innen ermöglichen, ihre Meinung zu allen Themen zu äußern, die sie für die Zukunft der EU für wichtig halten.

Zum ersten Mal auf EU-Ebene können die Bürger*innen ihre Ideen präsentieren, die Vorschläge anderer kommentieren, Veranstaltungen erstellen und an ihnen teilnehmen. Die Plattform wird die zentrale Drehscheibe der Konferenz sein, ein Ort, an dem alle Beiträge zur Konferenz zusammengeführt und geteilt werden, einschließlich dezentraler Veranstaltungen, der europäischen Bürgerforen und der Plenarsitzungen der Konferenz.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/germany/news/20210408-plattform-konferenz-zukunft-europas_de

Coronavirus: 123 Mio. Euro für Forschung und Innovation zur Bekämpfung der Bedrohung durch Varianten

Die Kommission mobilisiert 123 Mio. Euro aus dem neuen Forschungs- und Innovationsprogramm der EU, Horizont Europa, für dringende Forschungstätigkeiten auf dem Gebiet der Coronavirus-Varianten.

Diese erste Soforthilfe im Rahmen von Horizont Europa schließt sich an eine Reihe von [Forschungs- und Innovationsmaßnahmen zur Bekämpfung des Coronavirus](#) an, die von der EU finanziert werden.

Sie trägt zu den allgemeinen Maßnahmen bei, die die Kommission ergreift, um im Einklang mit dem neuen europäischen Plan zur Vorsorge gegen biologische Gefahren ([HERA Incubator](#)) auf diese neuen Varianten zu reagieren und ihre Ausbreitung zu verhindern bzw. abzuschwächen.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_1548

Menschenwürdige Aufnahmezentren auf griechischen Inseln

Bei ihrem Besuch am 30.03.2021 in Griechenland hat EU-Innenkommissarin Ylva Johansson eine weitere Finanzhilfe von 155 Mio. Euro für den Bau neuer Aufnahmezentren auf Lesbos und Chios angekündigt.

Die gewährte Finanzhilfe kommt zu den 121 Mio. Euro hinzu, die im [November 2020](#) für den Bau von Aufnahmezentren auf den Inseln Samos, Kos und Leros bewilligt wurden. Mit diesen Mitteln wird der Bau neuer Aufnahmeeinrichtungen finanziert, die angemessene Lebensbedingungen bieten und nach schnellen, fairen und wirksamen Verfahren im Einklang mit dem EU-Recht und den Standards des Europäischen Unterstützungsbüros für Asylfragen betrieben werden.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/germany/news/20210320-aufnahmezentren-auf-griechischen-inseln_de

Mehr europäische Produktionskapazitäten für COVID-19-Impfstoffe

Die Europäische Kommission brachte am 29.03.2021 300 Unternehmen aus 25 Mitgliedstaaten zusammen, um Produktionskapazitäten für COVID-19-Impfstoffe in Europa zu erweitern und Engpässe bei Produktion und Lieferketten zu beseitigen.

Das „Matchmaking“ bringt Impfstoffhersteller unter anderem mit Dienstleistern wie Auftragsentwicklern, Abfüll- und Veredelungsbetrieben und Geräteherstellern zusammen.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/germany/news/20210329-mehr-europaeische-produktionskapazitaeten_de

Impfstoffe und medizinische Güter für den Westbalkan

Die EU unterstützt die Partnerländer auf dem westlichen Balkan beim Kampf gegen COVID-19. Zum einen koordiniert und finanziert sie über das EU-Katastrophenschutzverfahren die Lieferung von 50 400 Impfstoffdosen an Moldau aus Rumänien. Zudem erhalten Nordmazedonien und Montenegro darüber medizinische Güter aus der [rescEU](#)-Reserve.

Über die Impfallianz COVAX, deren größter Geber die EU ist, sind auch jeweils 24 000 Impfdosen nach Nordmazedonien, Kosovo und Montenegro geliefert worden. Albanien und Bosnien und Herzegowina haben bereits in den vergangenen Wochen Impfdosen erhalten.

Die EU wird ferner ihre in Deutschland, Belgien, Griechenland und Rumänien angesiedelte rescEU-Reserve für medizinische Ausrüstung mobilisieren, um 1,2 Mio. Stück persönliche Schutzausrüstung nach Nordmazedonien und Montenegro zu schicken.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/germany/news/20210329-impfstoffe-und-medizinische-gueter-westbalkan_de

Inkrafttreten des Programms EU4Health

Die Kommission begrüßte, dass das Programm EU4Health am 26.03.2021 in Kraft trat. Das Europäische Parlament hatte am 09.03.2021 über das Programm abgestimmt, und der Rat hatte es am 17.03.2021 angenommen. Damit ist die letzte Etappe für die Bereitstellung von 5,1 Mrd. Euro abgeschlossen, mit denen die Widerstandsfähigkeit der Gesundheitssysteme gestärkt und Innovationen im Gesundheitssektor gefördert werden sollen.

EU4Health wird einen wesentlichen Beitrag zur Erholung nach der COVID-19-Krise leisten, indem es die Gesundheitssituation der EU-Bevölkerung verbessert, die Bekämpfung grenzüberschreitender Gesundheitsbedrohungen unterstützt und die Bereitschaft und Fähigkeit der EU zur wirksamen Reaktion auf künftige Gesundheitskrisen als Teil einer künftigen starken europäischen Gesundheitsunion fördert.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_1344

Jahresarbeitsprogramm Erasmus+ angenommen

Die Kommission hat am 25.03.2021 das erste Jahresarbeitsprogramm für Erasmus+ 2021-2027 angenommen. Mit einer Mittelausstattung von 26,2 Mrd. Euro (gegenüber 14,7 Mrd. Euro für den Zeitraum 2014-2020), zu denen noch rund 2,2 Mrd. Euro aus den EU-Außenfinanzierungsinstrumenten hinzukommen, wird das Programm in seiner neuen und überarbeiteten Form

Lernmobilität und Projekte der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit für 10 Mio. Europäer*innen aus allen Altersgruppen und Gesellschaftsschichten finanzieren.

Dabei setzt es im Einklang mit der Vision des europäischen Bildungsraums noch stärker auf Inklusion und den grünen und digitalen Wandel. Erasmus+ wird außerdem die Resilienz der Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung in Zeiten der Pandemie fördern.

Zusätzlich zur Mobilität, auf die 70 % der Mittelausstattung entfallen, investiert das neue Programm Erasmus+ auch in grenzüberschreitende Kooperationsprojekte zwischen Hochschuleinrichtungen, Schulen, Ausbildungsstätten für Lehrkräfte, Erwachsenenbildungszentren, Jugend- und Sportorganisationen, Berufsbildungseinrichtungen oder anderen Akteuren im Bildungsbereich.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_1326

Neues Verfahren für Zulassung angepasster Impfstoffe gegen COVID-19-Varianten

Im Rahmen von HERA Incubator, dem neuen europäischen Plan zur Vorsorge gegen biologische Gefahren im Zusammenhang mit COVID-19-Varianten, führt die Kommission am 24.03.2021 eine Sofortmaßnahme zur beschleunigten Zulassung von angepassten COVID-19-Impfstoffen ein.

Dank der in die einschlägigen EU-Rechtsvorschriften aufgenommenen Bestimmungen können die Unternehmen sich darauf konzentrieren, die erforderlichen Nachweise rechtzeitig zusammenzustellen, und die angepassten Impfstoffe können zugelassen werden, auch wenn der Europäischen Arzneimittel-Agentur nur in geringerem Umfang zusätzliche Daten vorgelegt werden.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_1088

EU-Kinderrechtsstrategie/Europäische Kindergarantie

Die Kommission hat am 24.03.2021 die erste umfassende EU-Kinderrechtsstrategie sowie einen Vorschlag für eine

Empfehlung des Rates zur Einführung einer Europäischen Kindergarantie angenommen.

Ziel ist die Förderung der Chancengleichheit von Kindern, die von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht sind. Zur Vorbereitung beider Initiativen holte die Kommission zusammen mit weltweit führenden Kinderrechtsorganisationen die Ansichten von über 10 000 Kindern ein.

Die Umsetzung der EU-Strategie wird auf EU-Ebene und auf nationaler Ebene nachverfolgt, und die Kommission wird auf dem jährlichen EU-Forum für die Rechte des Kindes über die Fortschritte Bericht erstatten. Ende 2024 wird eine Evaluierung der Strategie unter Beteiligung von Kindern durchgeführt.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_1226

Neue Plattform: Ein Zugang für alle EU-geförderten wissenschaftlichen Arbeiten für alle

Alle EU-geförderten wissenschaftlichen Veröffentlichungen sollen frei zugänglich sein. Dazu hat die Europäische Kommission am 24.03.2021 die neue Plattform „Open Research Europe“ ins Leben gerufen. Damit sollen sowohl die Forschungsgemeinschaft sowie Bürger*innen kostenlosen Zugang zu den jüngsten wissenschaftlichen Entdeckungen erhalten.

Doch dies sei erst der Anfang. Die Kommission werde schrittweise den Status der Plattform als prioritärer Rahmen für Veröffentlichungen für die Forschungsgemeinde von Horizont 2020 und Horizont Europa aufbauen und dafür sorgen, dass sie tief in den Europäischen Forschungsraum eingebettet wird.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/germany/news/20210324-plattform-wissenschaftliche-arbeiten_de

Sicherheit von Journalist*innen in der EU ein

Die Europäische Kommission hat am 23.03.2021 einen Dialog über den Schutz von Journalist*innen in der EU gestartet. Im Rahmen des Europäischen Nachrichtenmedienforums diskutiert die Kommission bis 25. März mit Vertreter*innen von

Verbänden, Medienunternehmen, Medienräten, des Europäischen Parlaments, der Mitgliedsstaaten, der Regulierungsbehörden sowie internationaler Partner darüber, wie Journalist*innen ihre für die Demokratie wichtige Arbeit sicher ausüben können.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/germany/news/20210323-sicherheit-journalisten_de

Bericht bestätigt Erfolg des SURE-Instruments

Die Kommission hat am 22.03.2021 ihre erste vorläufige Bewertung zur Wirkung des SURE-Instruments veröffentlicht, das mit 100 Mrd. Euro ausgestattet ist und vor dem Hintergrund der COVID-19-Pandemie dem Schutz von Arbeitsplätzen und Einkommen dient.

In dem Bericht wird festgestellt, dass das SURE-Instrument die schwerwiegenden sozioökonomischen Auswirkungen der COVID-19-Krise erfolgreich abgefedert hat. Es hat dazu beigetragen, dass der Anstieg der Arbeitslosigkeit in den begünstigten Mitgliedstaaten während der Krise deutlich geringer ausgefallen ist als während der weltweiten Finanzkrise, auch wenn diese Länder einen stärkeren BIP-Rückgang verzeichnet haben.

Das SURE-Instrument ist ein wichtiges Element der umfassenden Strategie der EU zum Schutz der Bürger*innen und Bürger und zur Abfederung der schwerwiegenden sozioökonomischen Folgen der COVID-19-Pandemie. Es bietet den Mitgliedstaaten finanzielle Unterstützung in Form von zu günstigen Bedingungen gewährten Darlehen der EU, damit nationale Kurzarbeitsregelungen und ähnliche Maßnahmen, mit denen Arbeitsplätze erhalten und Einkommen unterstützt werden sollen, insbesondere zugunsten von Selbständigen, sowie gesundheitsbezogene Maßnahmen finanziert werden.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_1209

Neues Instrument „NDICI/Europa in der Welt“

Die Europäische Kommission begrüßt, dass das Europäische Parlament und der Rat diese Woche ihre politische Einigung über das „Instrument für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit (NDICI)

■ April 2021

– Europa in der Welt“ für den nächsten Zeitraum des Mehrjährigen Finanzrahmens (2021-2027) offiziell bestätigt haben.

Mit einer Gesamtmittelausstattung von 79,5 Mrd. Euro zu jeweiligen Preisen wird das neue Instrument die Zusammenarbeit der EU mit allen Drittländern abdecken.

Diese Mittel werden wie folgt aufgeteilt:

- 60,38 Mrd. Euro für geografische Programme (mindestens 19,32 Mrd. Euro für die Nachbarschaft, mindestens 29,18 Mrd. Euro für Afrika südlich der Sahara, 8,48 Mrd. Euro für Asien und den pazifischen Raum sowie 3,39 Mrd. Euro für Amerika und die Karibik);
- 6,36 Mrd. Euro für thematische Programme (Menschenrechte und Demokratie, Organisationen der Zivilgesellschaft, Stabilität und Frieden, Konfliktverhütung sowie globale Herausforderungen);
- 3,18 Mrd. Euro für Krisenreaktionsmaßnahmen.

Ein „Polster“ von 9,53 Mrd. Euro aus nicht zugewiesenen Mitteln steht zur Verfügung, um die o. g. Programme und den Krisenreaktionsmechanismus aufzustocken, damit die EU auf unvorhergesehene Umstände, neuen Bedarf oder neue Herausforderungen reagieren und neue Prioritäten fördern kann.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_1267

Digitaler Tag 2021

Minister*innen der EU-Mitgliedstaaten haben am 19.03.2021 online stattfindenden Digitalen Tag 2021 drei Erklärungen unterzeichnet, um die Anstrengungen und Mittel zur Förderung der *internationalen Konnektivität* zu bündeln, um Anreize für die *Einführung sauberer Digitaltechnik* zu schaffen und um das *Regulierungsumfeld für neugegründete Start-up- und expandierende Scale-up-Unternehmen zu verbessern*.

Diese konkreten Zusagen werden helfen, den ökologischen und digitalen Wandel in Europa zu beschleunigen und die mit Europas digitaler Dekade verbundenen Zielvorstellungen und Zielvorgaben zu verwirklichen.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_1186

Europäischen Reiseinformations- und -genehmigungssystem

Die Kommission begrüßt die am 18.03.2021 erzielte politische Einigung zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission über die Herstellung der Interoperabilität zwischen dem künftigen Europäischen Reiseinformations- und -genehmigungssystem (ETIAS) und anderen EU-Informationssystemen.

Dies ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Inbetriebnahme des Systems bis Ende 2022. Die Einigung trägt zu den laufenden Arbeiten der EU bei, ein hochmodernes Grenzmanagementsystem für die Außengrenzen einzurichten und für ein intelligentes und gezieltes Zusammenspiel zwischen den Informationssystemen zu sorgen.

Sobald das ETIAS seinen Betrieb aufgenommen hat, müssen sich Drittstaatsangehörige, die in den Schengen-Raum einreisen und von der Visumpflicht befreit sind, vor der Reise registrieren und eine Genehmigung einholen. Das System wird die Daten von Reisenden vor ihrer Reise mit EU-Informationssystemen für Sicherheit, Grenz- und Migrationsmanagement abgleichen und so dazu beitragen, bereits im Voraus Personen, die ein Sicherheits- oder Gesundheitsrisiko darstellen könnten, oder Verstöße gegen die Migrationsvorschriften zu ermitteln.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_802

Coronavirus: ein gemeinsamer Ansatz für eine sichere Öffnung Europas

Im Vorfeld der Tagung der europäischen Staats- und Regierungschefs am 25.03.2021 März ruft die Kommission die Mitgliedstaaten zu einem gemeinsamen Vorgehen auf, um die COVID-19-Beschränkungen schrittweise aufzuheben, sobald die epidemiologische Lage dies zulässt.

In einer am 17.03.2021 angenommenen [Mitteilung](#) wird ein Ansatz für eine ausgewogene und gemeinsame Vorgehensweise der EU dargelegt und aufgezeigt, wie wir den Zeitraum bis zur Wiedererlangung unserer europäischen Lebensweise auf sichere und nachhaltige Weise verkürzen und das Virus in Schach halten können.

Während die epidemiologische Lage kontinuierlich überwacht werden muss, bis eine ausreichende Durchimpfungsrate

erreicht ist, müssen im gesamten Binnenmarkt die Voraussetzungen für eine sichere und dauerhafte Öffnung geschaffen werden, damit die Bürger*innen ihre Rechte ausüben und wirtschaftliche und soziale Aktivitäten wieder aufgenommen werden können. Dazu gehören die Einführung eines digitalen grünen Zertifikats zum Nachweis von Impfung, Testung und Genesung, die Anwendung eines gemeinsamen Rahmens für Gegenmaßnahmen, Leitlinien für zusätzliche Prüfstrategien, wie Abwasseruntersuchungen zum Aufspüren von Varianten, sowie Investitionen in Diagnostika und Therapien. In der Mitteilung werden auch Maßnahmen zur Stärkung der globalen Widerstandsfähigkeit durch COVAX und ein EU-Mechanismus für die gemeinsame Nutzung des Impfstoffbestands herausgestellt.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_1184

Coronavirus: Kommission schlägt digitales grünes Zertifikat vor

Die Europäische Kommission schlägt am 17.03.2021 die Einführung eines digitalen grünen Zertifikats vor, um die Freizügigkeit innerhalb der EU während der COVID-19-Pandemie zu erleichtern.

Das digitale grüne Zertifikat dient als Nachweis dafür, dass eine Person gegen COVID-19 geimpft wurde, ein negatives Testergebnis erhalten hat oder von COVID-19 genesen ist. Es wird unentgeltlich in digitaler Form oder in Papierform bereitgestellt. Es wird einen QR-Code enthalten, um die Sicherheit und Authentizität des Zertifikats zu gewährleisten. Die Kommission wird ein Zugangportal einrichten, um sicherzustellen, dass alle Zertifikate in der gesamten EU überprüft werden können, und die Mitgliedstaaten bei der technischen Implementierung von Zertifikaten unterstützen.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_1181

Erster Strategieplan für Horizont Europa 2021-2024

Die Europäische Kommission hat am 15.04.2021 den ersten Strategieplan für Horizont Europa, das neue EU-Programm für Forschung und Innovation, mit einem Volumen von 95,5 Mrd. Euro zu jeweiligen Preisen angenommen.

Ein derartiger Strategieplan wurde erstmals für Horizont Europa erarbeitet, um die strategischen Leitlinien für die Ausrichtung der Investitionen in den ersten vier Jahren des Programms festzulegen. So wird sichergestellt, dass die Maßnahmen der EU im Bereich Forschung und Innovation einen Beitrag dazu leisten, ihre Prioritäten – ein klimaneutrales und grünes Europa, ein Europa für das digitale Zeitalter und eine Wirtschaft im Dienste der Menschen – zu verwirklichen.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_1122

■ Veranstaltungen

Erasmus+ Jugend 2021–2027 - 14 Online-Veranstaltungen

Die Agentur Jugend für Europa bietet 14 Online-Veranstaltungen zum Gesamtüberblick über die neue Programmgeneration des EU-Jugendprogramme: Erasmus+ Jugend und des Europäischen Solidaritätskorps 2021–2027 an.

Die Online-Angebote stehen vom **15.04.-12.05.2021** zur Verfügung.

Präsentiert werden die zum Einstieg wichtigsten Formate, Themen und Antragswege der neuen Programmgeneration.

Einige Veranstaltungen werden in deutscher Gebärdensprache gedolmetscht.

Alle Veranstaltungen finden Sie auch als [PDF-Katalog zum Download](#).

Weitere Informationen:

<https://www.jugendfuereuropa.de/veranstaltungen/launching2021-2027/#undefined>